

liberale Partei. — Abg. Goldstein (soa.): Er sei erhaunt darüber, daß Schied diese Angelegenheit ergreife, um auf eine politische Debatte zu kommen. Seine Partei sei liberal, die nationalliberale nur scheinbar. Der Sozialismus sei eben weiter gegangen, als der Liberalismus, der auch einmal Revolution machte und antiliberal war. Seine Partei habe übrigens dem Liberalismus wiederholt ihre Unterstützung ausgedrückt. — Abg. Entz (freifon.): Er spreche nicht im Namen der freikonservativen Gruppe, sondern für seine eigene Person. Schied habe erklärt, daß die Vite einen Kompromiß darstelle, einzig zu dem Zwecke, den Abg. Goldstein in die Kommission zu bringen. Nicht alle Parteien seien bei diesem Kompromiß gleichmäßig berücksichtigt worden, so sei der Abg. Zimmermann nicht vertreten (Zuruf: Das abgelehnt!). Ja, aber ausdrücklich zu meinen Gunsten. (Hört, hört!) Es ist aber nicht gelungen, meine Person für die Deputation in Vorschlag zu bringen, und zwar aus Gründen, die ich vor der Öffentlichkeit nicht erörtern will. (Abg.) Er und seine Freunde müßten in dieser Deputation eigentl. durch zwei Personen vertreten sein. Auch der Mittelhandpartei sei es trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen, einen ihr genehmen Vertreter in die Deputation zu bringen. Nach alledem habe er kein Vertrauen zu dieser Deputation. — Abg. Günther (freif.): Es könnte nach außen der Anschein erweckt werden, als wenn das gesamte Haus dafür verantwortlich sei, daß der Abg. Entz als Mitglied der freikonservativen Gruppe nicht mit für die Wahlrechtsdeputation in Vorschlag gebracht worden sei. Demgegenüber wolle er feststellen, daß es Sache der einzelnen Fraktionen gewesen sei, wenn sie in Vorschlag bringen wollten. — Vizepräsident Oetzh (sonf.): Der vorliegende Antrag entspreche den Wünschen sämtlicher hier vertretenen Parteien. Er bedauere es, wenn Entz sich auf dem Standpunkt stelle, sich einer solchen Vereinbarung nicht anschließen zu können. Herr Entz habe es vorgezogen, in der letzten Sitzung der Fraktion der Rechten, in der über diese Frage entschieden worden sei, nicht zu erscheinen. Die Behauptung Entz, daß bei der Auswahl der Mitglieder der Mittelhandvereinigung keine Rücksicht genommen worden sei, weise er zurück und nenne nur die Namen Dr. Kühlmorgen, Dr. Spieß, Dr. Bräuner. Herr Zimmermann sei ausdrücklich aufgefordert worden zur Übernahme der Mitgliedschaft, er habe sie aber abgelehnt unter Hinweis auf seine Arbeiten im Reichstag. (Hört, hört!) — Abg. Langhammer (natl.): Er wolle sich in den Streit der Rechten nicht einmischen, aber ebenso gut wie den Nationalliberalen angezogen worden sei, einen Sitz dem Sozialdemokraten vorzubehalten, hätten die Konservativen einen ihrer Sitze dem Vertreter der Reformpartei abtreten können. Dem Abg. Goldstein erwidere er, daß keine politischen Parteien sich so schroff gegenüberstünden wie die Sozialdemokratie und der Liberalismus. — Vizepräsident Oetzh: Wenn Herr Langhammer glaube, einen häuslichen Streit der konservativen Partei konstruieren zu können, was jedenfalls seinem inneren Wunsche zu entsprechen schiene, so müsse er ihm diese Freude gründlich verderben. Der Abg. Entz gehöre der konservativen Partei nicht als ordentliches Mitglied, sondern lediglich als Hospitant an. Herr Langhammer wäre er dankbar, wenn er ihm außer Herrn Zimmermann noch ein anderes Mitglied der Reformpartei angeben könnte. (Abg. Langhammer ruft: Entz!) Der Abg. Entz hat schon oft erklärt, daß er der Reformpartei nicht mehr angehöre. — Abg. Entz konstatiert ausdrücklich, daß der Abg. Zimmermann lediglich zu seinen Gunsten auf die Wahl in die Deputation verzichtet habe, und auch der Vorstand der Mittelhandgruppe habe gebeten, ihn (Redner) in die Deputation zu wählen. Wie gesagt, wolle er die Gründe, weshalb das nicht gelungen sei, hier nicht erörtern. (Abg. Günther: Warum denn nicht?) — Abg. Ulrich (sonf.): Er werde sich mit dem Vorstände der Mittelhandvereinigung in Verbindung setzen und fragen, ob nur Herr Entz ein der Mittelhandvereinigung genehmes Mitglied sei. Auch er gehöre der Mittelhandvereinigung an und sei für die Deputation vorgeschlagen. — Abg. Dürr (freifon.): Auch er wäre gern in der Deputation gewesen, aber alle könnten doch nicht hineingewählt werden, und übrigens habe jeder Abgeordnete das Recht, bei den Verhandlungen der Deputation als Gast zu erscheinen. — Abg. Goldstein erwidert dem Abg. Langhammer, der sächsische Kammerliberalismus, dieser Regierungsliberalismus, die seiner Majestät alleruntertänigste Opposition, sei natürlich gar kein Liberalismus. (Weiterkeit.) — Abg. Demmann (sonf.) erklärt, daß Zimmermann zu seinen (Redners) Gunsten auf die Wahl in die Deputation verzichtet habe. (Weiterkeit. Hört, hört!) — Hieran wird der Antrag Oetzh-Gonard-Roch, in die Deputation 23 Mitglieder zu wählen, einstimmig angenommen. Auch der Abg. Entz stimmt dafür. — Abg. Schied schlägt hierauf vor, die Wahl der Deputation durch Zufur vorzunehmen. Abg. Kunath erklärt sich dagegen. — Präsident Dr. Rehnert: Dann müssen wir die Wahl durch Stimmzettel vornehmen, und das wird gegen zwei Stunden dauern. — Abg. Kunath: Wenn das zwei Stunden dauert, dann ziehe ich meinen Widerspruch zurück. (Große Weiterkeit.) — Die Wahl der Wahlrechtsdeputation erfolgt hierauf durch Zufur, und es werden gewählt die Abgeordneten Andra, Bär, Dr. Bräuner, Förster, Goldstein, Gonard, Döhnel, Dr. Dettner, Demmann, Grohmann, Kleinowinkel, Dr. Kühlmorgen, Langhammer, Merkel, Pflau, Oetzh, v. Duerfurth, Dr. Schanz, Dr. Spieß, Fräber, Ulrich, Dr. Vogel und Dr. Zoepfel. Die Abgeordneten Dr. Bettner und Dr. Treber werden gegen die Stimme des Abg. Kunath, die übrigen Abgeordneten einstimmig gewählt.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vom 16. Juli 1902 betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen. — Berichterstatter der Finanzdeputation A Abg. Schied

Schröder aus Hamburg genannt werden. Die Dame, Schwester unseres Musikdirektors, verliert über einen samvatidischen, forsakfäta gefühlten Sopran. Antonation und Textbehandlung erwielet sich als einwandfrei; die Tonbildung klingt bisweilen mühsam, auch fehlt der tieferen Lage die Resonanz. Weit besser als die Arie der Katharine aus der Oper „Der Widerpenitigen Böhmung“ von Hermann Goeb gelangen die vierder lam Naps-Bügel begleitete nicht immer zuverlässig fräulein A n a s s e R e i b e r t a n a aus Hamburg; Hugo Wolffs „Mignon“ lang fe besonders schön und ebenso das dankbare „Wiegenlied“ (C. D. Dufham). Der „Lambour“ (H. Wolf) nimmt sich im Munde einer Sängerin immer etwas leistam aus; Reinecks „Sereuadchen“ wurde überhätet und blieb ohne Wirkung. Die mit charakteristischem Ausdruck zum Vortrag gebrachte, recht ort gehörte „Die Spinnerin“ läßt rauchende Beifallsgaben aus und nötigte zu einer weiteren Gabe. Herr Alfred Bahat bewährte sich als ein tüchtiger Vertreter seines Anstruments mit der Wiedergabe des an übermäßiger Preite leidenden Cello-Konzertes, Opus 24, von August Lindner; sein Flöten gab er mit Holtermanns gelangweiltem „Adagio“, während der „Essentana“ (D. Popper) technische Unfertigkeiten recht unverhüllt zeigte. Auch er erntete verdiente Anerkennungen. Der recht gute Besuch des Konzertes bewies, daß die Veranstaltung eine vielseitig achtenden Wäntchen entsprechende war. E. P.

„Der Verlobungsfeier“. ... Humoristischer Roman von Wilhelm Volter. Eine ideale Jullapp zu frühlicher Weihnachtszeit auf dem Gabelstisch. Der literarisch sehr anspruchsvolle, fröhliche Geber hat sein lachendes Publikum im Schauspielhaus wie im Lokal, und wenn er seine meist richtig angezeichneten typischen Volkstypen aus unserem Klein- und Alltagsleben am roten Tische einer in Dresden spielenden und fast dramatisch knapp verlaufenden Fabel sich so drastisch-komisch ausleben läßt wie im „Verlobungsfeier“, so kann's am üblichen Heiterkeits-erfolge nicht fehlen.

erklärt, daß die Frage der Wohnungsgeldzuschüsse in ihrer Gesamtheit nochmals gründliche Erörterung in der Deputation gefunden habe. Die übrigen langen Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne vollständig unverändert. — Abg. Bär (freif.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Vorredners und meint, die freisinnige Volkspartei verzeite die Auffassung, daß man die Allgemeinbildung immer mehr fördern sollte. Das verträge sich aber nicht mit der Auffassung der Deputation, die zum Ausdruck bringe, daß die unteren Klassen der Beamten geringeres Interesse an einer besseren Ausbildung ihrer Kinder hätten als die Beamten der höheren Klassen. Die Befähigung und das Berufsbedürfnis sei in allen Berufskreisen gleichmäßig verteilt. — Abg. Schied: Das Vorredner aus dem Berichte herausgerissen habe, siehe gar nicht darin. Es sei niemand in der Deputation eingeleitet, die Bildungsfähigkeit und das Bildungsinteresse der unteren Beamtenklassen anzuweisen. Man habe nur sagen wollen, daß erfahrungsgemäß das Interesse für bessere Ausbildung der Kinder bei den höheren Beamten sich mehr geltend mache. — Da sich das Haus zusehends leert, macht Präsident Dr. Rehnert darauf aufmerksam, daß noch eine namentliche Abstimmung stattzufinden habe. Es könnte sich schließlich herausstellen, daß das Haus beschlußunfähig sei, wenn sich noch mehr Kollegen emsernten. — Abg. Facius (sonf.) erklärt, für den Entwurf stimmen zu wollen, nachdem die Punkte bezüglich deren er Bedenken hegte, beseitigt worden seien. — Abg. Dr. Vogel gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Gesetz noch vor Weihnachten zur Erledigung komme und hofft, daß nun auch die allgemeine Regulierung der Beamtengehälter und die Besserstellung der Pensionäre, Witwen und Waisen nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen werden. — Abg. Dr. Kühlmann (partellos): Nachdem die wesentlichsten Härten, die ursprünglich im Dekrete enthalten waren, durch das Entgegenkommen der Regierung und die Tätigkeit der Deputation beseitigt seien, werde er für die Vorlage stimmen. — Abg. Günther (sonf.) tritt den Äußerungen der Presse entgegen, aus denen hervorgehe, daß die Kammer nun, nachdem die Frage der Wohnungsgeldzuschüsse geregelt sei, die Neuregulierung der Gehälter auf sich beruhen lassen werde. Namens der Finanzdeputation A habe er zu erklären, daß man auch auf Erfüllung dieses anderen Wunsches der Beamten drängen werde. (Bravos!) — Abg. Günther (freif.): Er und seine Freunde würden für die Vorlage stimmen, obgleich sie nicht alle Wünsche erfüllen. Sie läßen aber ein, daß man zu einem Teilerfolge gelangen wolle, und dazu führe diese Vorlage. — Abg. Günther (freifon.): Nach Verdoppelung des Wohnungsgeldzuschusses möchten die Beamten nun aber nicht mehr in Beamtenvereinigungen und Warenhäusern kaufen. Wenn er der Vorlage zustimme, so stimme er aber nicht dem Teile zu, der die Verdoppelung des Wohnungsgeldzuschusses auch für die Beamten der Polizeidirektion Dresden verlange. Er gönne diesen Beamten ihre Besserstellung, meine aber, daß das Ende der Stadt Dresden sei. — Abg. Kunath bedauert, daß die kleinen Beamten nicht proportional besser berücksichtigt worden seien. Die Teuerung mache sich bei den kleinen Einkommen viel fühlbarer als bei den großen. — Nach einem kurzen Schlussworte des Berichterstatters erklärt Präsident Dr. Rehnert, es sei an ihm die Frage gerichtet worden, ob diejenigen Mitglieder des Hauses, die Staatsbeamte seien, an der Abstimmung über die Vorlage teilnehmen könnten. Das Direktorium sei der Ansicht, daß auch heute die Beamten in diesem Hause ihre Stimme abgeben könnten, wie es früher bereits geschehen sei, obgleich sie von einer solchen Vorlage einen Vorteil haben. Es handle sich hier aber nicht um Privatbeziehungen zwischen dem Staat und den einzelnen Abgeordneten und daher auch nicht um die einzelne Person, sondern um die ganze Staatsbeamtenschaft und um einen generellen Beschluß. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) — In namentlicher Abstimmung wird hierauf das ganze Gesetz mit den Stimmen der anwesenden 60 Abgeordneten nach den Vorschlägen der Deputation angenommen. (Bravo-Rufe.) — Die zum Gesetzentwurfe vorliegenden Petitionen werden gemäß dem Antrage der Deputation behandelt.

Staatsminister Dr. v. Hüger: Ich darf die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die Befriedigung der Regierung zum Ausdruck zu bringen, daß es gelungen ist, die wichtige Vorlage überhaupt noch zum Abschluß zu bringen, und zwar noch jetzt. Die Erfahrungen, die wir bei den Beratungen über die Vorlage gemacht haben, bekräftigt die Regierung in der Hoffnung, daß es ihr auch in allen übrigen wichtigen Fragen gelingen werde, zu einer Verständigung mit dem Landtage zu gelangen. (Bravos!) Jetzt wieder ist der Beweis erbracht worden, daß es dem guten patriotischen Willen möglich ist, über große Hindernisse hinwegzukommen, und auch diese Kammer hat wiederum dargelegt, daß trotz aller abweichenden persönlichen Meinungen das große Ziel, das Wohl des Vaterlandes und das Wohl der Beamten zu fördern, bei den Beschlußfassungen ausschlaggebend gewesen ist. Das berechtigt mich zu der Hoffnung, daß wir auch die organische Gehaltsaufbesserung im Einklang mit der Kammer zu einem gedeßlichen Abschluß bringen werden. (Bravos!)

Nächste Sitzung: Montag, den 16. Dezember, mittags 12 Uhr.

Derliches und Sächliches.

Dresden, 13. Dezember.

— Se. Majestät der König speiste gestern abend beim Minister des Königl. Hauses, Staatsminister von Reich-Richdenbach. Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der Monarch militärische Meldungen entgegen und hörte hierauf die Vorträge der Herren Staatsminister und des Königl. Kabinettssekretärs.

— Ueber das Befinden Ihrer Majestät der Königin-Witwe wurde heute vormittags 9 Uhr folgendes Bulletin ausgeben:

Ihre Majestät die Königin-Witwe hat am gestrigen Tage stundenweise ruhig geschlafen, die Körper-Temperatur blieb normal. Am Abend trat Schüttelfrost, Erbrechen und abermalige Erhöhung der Körperwärme (39,7) ein. Das Bewußtsein ist ungetrübt. Bis gegen Mitternacht sank die Temperatur unter beständigem Schweißausbruch zur Norm, stieg aber in den frühen Morgenstunden wieder bis 38,3.

Dr. Nieder. Dr. Hoffmann.

— In dem von Herrn Bürgermeister Deupold eingereichten Entlassungsgesuch heißt es:

„Zeit meiner zweifellost aus harter Nervenanforderung mit beruhenden Erkrankung an schwerer Karbunkulose im Jahre 1904, die mehrmalige Operationen in Karlsruhe nötig machte, ist es trotz aller außeramtlichen Schonung und wiederholter Baderkuren während der Sommerkure mit meiner Gesundheit stetig abwärts gegangen. Zur Schloßlosigkeit, die sofort einsetzt, wenn die späteren Abendstunden zur Arbeit herangezogen werden müssen oder wenn die Amtstätigkeit mit härteren Aufregungen verbunden ist, gesellt sich öfter und öfter periodischer Kopfschmerz mit qualvollen Erscheinungen von selten des Gefäßsystems, alles Symptome, die nur teilweise zurückgehen, wenn ich mich während des Urlaubes anstrengender geistiger Arbeit enthalten kann. Eine genaue mehrjährige Beobachtung meines Zustandes und das Alter von über 57 Jahren, in dem ich lebe, nehmen mir die Hoffnung, durch eine längere, vielleicht über Monate sich erstreckende Beurlaubung meinen notwendigen Rücktritt vom Amte noch längere Zeit hinauszuschieben zu können. Auch ich mir doch auch sagen, daß eine solche Beurlaubung in die geordnete Erledigung der von Tag zu Tag umfanglicher und verantwortlicher werdenden Amtsgeschäfte unerzählige Schwierigkeiten hineinbringen würde. So sehe ich mich denn zu meinem tiefsten Bedauern genötigt, meine Beteiligung in den Angelegenheiten der Verwaltung stellen zu müssen, als angemessenen Zeitpunkt, zu welchem ich dieselbe

zu vollziehen haben würde, darf ich wohl Oftern 1908, also etwa Ende April nächsten Jahres begehnen. Bis dahin könnten die meine weitere Mitarbeit voraussetzlich erfordernden Beratungen über den Haushaltplan für 1908 und über die auf die Jahre 1908 Oftern 1909 die dem künftigen Leiter des Finanzamtes zuzulassen. — Haushaltplanarbeiten für übermorgens Jahr einsehen. Es bebarh meinerseits wohl keiner besonderen Versicherung, daß es mir überaus schwer wird, an die gestrigen sächlichen Kollegien mit meinem Pensionierungsdrange schon jetzt, also einige Jahre vor Vereidigung des zum Rücktritt vom Amte ohne weiteres berechtigtenden ersähten vierzigsten Dienstjahres heranzutreten. Indessen mein Wunsch ist nach reiflicher Erwägung und auf ärztlicher Kuraten erfolgt, daß sich bereits vor Jahr und Tag in dringlicher Weise geltend machte. Vor der aus gesundheitlichen Gründen sich ergebenden Notwendigkeit, mich vom Amte zurückzuziehen, müssen die Wünsche der Abhängigkeit zurücktreten, die mich mit dem Amte verbinden. Ich würde mich glücklich gefühlt haben, wenn es mir vergönnt gewesen wäre, noch länger für das Wohl meines lieben Vaterland tätig sein zu können. Dankbaren Herzens werde ich trotz mancher Ansehungen, wie sie nun einmal den in öffentlichen verantwortungsvollen Kämtern Werdenden nicht erspart bleiben, des Wohlwollens und der Rücksicht gedenken, die mir während meiner Amtstätigkeit zuteil geworden sind. Ich darf wohl die herzlichste Bitte ansprechen, mir, wenn ich aus dem Amte geschieden sein werde, ein freundliches Andenken bewahren zu wollen.“

— Der Schulaufsicht hat für das von Oftern 1908 ab neu begründete Direktor der 26. Bezirksschule den Oberlehrer der 27. Bezirksschule Mühlfriedel und an Stelle des Oftern 1908 in den Ruhestand tretenden Direktors der 18. Bürger- und der 41. Bezirksschule Israell den Oberlehrer der 9. Bezirksschule Wöhe zum Direktor gewählt.

— Für eine Neuregelung der Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern macht der hiesige Augenarzt und Oberarzt Dr. Friedrich Schanz in der „Mündn. Wochenschr.“ folgenden Vorschlag: „Die Stadt stellt allen Einwohnern, ganz gleich, ob sie gegen Krankheit versichert sind oder nicht, das Krankenhaus meistfrei zur Verfügung, außerdem aber dem Krankenpflegamt einen Betrag, der der Summe entspricht, welche jetzt den Krankentafeln zugeslossen ist. Diese Summe verwendet das Krankenpflegamt für solche Kranke, deren Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt und die trotz des anderthalbfachen Krankengeldes nicht in der Lage sind, die Selbstkosten der Verpflegung zu bezahlen. Ein entsprechender Betrag müßte freilich auch für die wirtschaftlich jenen gleichgestellten, nicht versicherten Kranken zur Verfügung gestellt werden. Einen solchen Betrag haben die Gemeinden auch heute schon zu bezahlen, nur wird er jetzt verrechnet von Seiten des Armenamtes und gilt als Armenunterstützung. Was kann der Kranke dafür, daß er durch seine Krankheit gezwungen wird, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen? Könnte man diesem die Unterstützung aus städtischen Mitteln nicht gewähren, ohne ihn ortsam zu machen? In vielen Städten geht dies, warum sollte es nicht überall möglich sein? Die Verteilung dieser beiden Summen aus dem städtischen Haushalt hätte dann durch das Krankenpflegamt zu erfolgen, das an der Hand des Steuerzettels und eines Ausweises über den Familienstand leicht eine gerechtere Verteilung vornehmen kann, als es jetzt geschieht. Die Mühe würde gering sein gegenüber den Vorteilen, die aus dieser Verteilung entspringen. Die Verteilung der aus städtischen Mitteln kommenden Unterstützungen wird eine gerechtere. Diejenigen, welche solche Unterstützungen genießen, wissen, aus welcher Quelle sie dieselben erhalten. Die Frequenz der Krankenhäuser wird nur insofern leiden, als eine Anzahl Patienten, denen der totemlose Aufenthalt in den Krankenhäusern eine angenehme Erholung war, ein Interesse bekommen, wieder an die Arbeit zu denken. Und wenn auch so eine Anzahl Betten rascher frei werden, so werden die nichtversicherten Kranken, die wegen der Inanspruchnahme der städtischen Krankenunterstützung nicht mehr ortsam werden, bald die Plätze ausfüllen. Die Frequenz der Krankenhäuser würde sich auch heben, wenn es sich die Gemeinden zur Aufgabe machen wollten, vor allem solchen Kranken Ermäßigung zu gewähren, die der Umgebung gefährlich werden können. Das sind die antiepidemischen und die Geisteskranken. Solche Kranke sollte man für die Hälfte der Verpflegungskosten aufnehmen, die man sonst bei ihnen berechnen würde, und diese Ermäßigung müßte den Kranken jeder Verpflegungskasse gewährt werden. Damit würden die Krankenhäuser eine große hygienische Aufgabe übernehmen. In vielen Krankenhäusern ist es jetzt so, daß die versicherten Kranken einer geringeren Verpflegung bezahlet als die wirtschaftlich gleichgestellten Nichtversicherten. Man sieht sich dabei auf die Wohlgelegenheiten des Geschlechtsverkehrs, daß die größeren Abnehmer auch die meisten Vergünstigungen erhalten. Man vergißt aber dabei eins: im Geschäftverkehr wird an dem größeren Abnehmer trotz der weitergehenden Vergünstigungen noch verdient, hier wird zugefugt. Man geht bei den Versicherten, den Versicherten, mehr zu, weil sie in größerer Anzahl diese Unterstützungen in Anspruch nehmen, als bei den Schlechtergestellten, die gar keinen Anspruch an irgend eine Unterstützung haben. Ihnen versagt man die weitgehende Unterstützung, die man jenen gewährt, eben weil sie nur einzeln und für ihre Person um solche bitten. Das ist ein Unrecht, und da, wo man diese Ansicht teilt, dürfte der obige Vorschlag vielleicht Beachtung finden.“

— Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften in der Leichalle, Minnastraße 8, eröffnet sich eines kochsten Besuchs. Die Ausstellung ist Wochentags von 4—7 Uhr, Sonntags von 11—7 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Um auch den Eltern der Friedrichshäuser Jugend bequeme Gelegenheit zu geben, Einsicht in die von dem Dresdner Jugendschriftenausschusse ausgewählten Bücher und Bilder zu nehmen, soll im Zeichenhalle der 17. Bezirksschule, Bachgäßchenstraße 8, drittes Stockwerk, eine Ausstellung obiger Auswahl stattfinden. Sie ist für jedermann (Kinder in Begleitung Erwachsener) Sonntag, den 14. d. M., von 4—8 Uhr, und Sonntag, den 15. Dezember, von 11—1 Uhr und von 3—7 Uhr geöffnet.

— Bei den 350 Sparkassen in Sachsen wurden im Oktober 247 170 Einzahlungen mit 25 978 698 Mk. und 120 591 Rückzahlungen mit 24 880 142 Mk. bewirkt. Der Parkbestand belief sich am Schlusse des Monats auf 7 190 017 Mark.

— Bei der Ausfahrt des früh 3/5 Uhr nach Waldheim verkehrenden Personenzuges mit Güterbeförderung aus dem Bahnhofe Gerins wald e n t a l e i t e n gestern drei im vorderen Wagenteile stehende Güterwagen und fielen um. Hierdurch wurden die Hauptgleise gesperrt, der Verkehr konnte aber über Nebengleise aufrecht erhalten werden. Verletzt wurde niemand.

— Dresdner Ziegelkonvention. In der heute vormittag stattgefundenen Versammlung von Vertretern der nunmehr wieder unabhängigen Ziegelfabriken von Dresden und Umgebung wurde u. a. beschlossen, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Abtheilung Dresden, das Verkaufsbureau zu übertragen für die auf 275 Millionen Ziegel einzuschätzende Jahresproduktion des Syndikates, das (mit heute in Kraft tretend) bis vorläufig 31. Dezember 1909 läuft. Die Vertreter früherer Ziegelkonventionen, die Dresdner Baugesellschaft, will ebenfalls die Verkaufsbedingungen der neuen Konvention respektieren, ohne sich jedoch an dieser direkt zu beteiligen.

— In Lengenaufeld ist der Bau einer Klein-Kinderbewahranstalt geplant, zu der Herr Kaufmann Otto Baumgärtel 5000 Mk. gestiftet hat.

— Marcello Calzavara bereitet gestern abend den Besuchern des Central-Theaters eine freudige Ueberraschung dadurch, daß er den für nächsten Sonntag angekündigten neuen „Wöhlmischen Fremdenführer“ bereits gestern vorführte. Das interessante Programm des Central-Theaters ist dadurch um eine Pianonummer bereichert worden. Abermals weiß der das Deutsche in schauerhafter Art radbrechende sächsische Fremdenführer unter voller Entfaltung seines padenden Humors von der „verbotenen“ Stadt Prag allerhand neue

